

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbesitzer werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Franz Polorny; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauser Straße 38—42, Telefon-Nr. 98 u. 99, Telegr.-Adr.: A. M. Bochum.

# Bergarbeiterfragen vor dem preussischen Landtag.

Bei der zweiten Lesung des Berg-, Güten- und Salinenetats im preussischen Landtage am 5. März sprach unser Kamerad G u e die allgemeine Lage der Bergwerks- und Gütenindustrie, ihre Ausichten nach dem Kriege und wies nochmals die „alldeutsche“ Eroberungspolitik als nicht im deutschen Interesse liegend zurück. Auf diesen Teil der Rede behalten wir uns vor, zurückzukommen. Heute bringen wir die hauptsächlichsten Ausführungen G u e über die Lage und die Forderungen der Bergarbeiter nach dem stenographischen Protokoll zum Abdruck. Die Antwort seitens des Ministers werden wir in nächster Nummer kritisch beleuchten. Kamerad G u e führte aus:

... Schon zweimal, sogar dreimal, glaube ich, habe ich bei diesem Etat den Wunsch ausgesprochen, es möchten in dem Etat nicht nur die geschätzten Gesamtausgaben für

### Löhne,

sondern auch in dem Betriebsbericht die tatsächlich erfolgten gesamten Lohnausgaben mitgeteilt werden. Es ist noch nicht geschehen. Ich darf wohl darum bitten, daß daran beim nächsten Betriebsbericht gedacht wird. Die Lohnausgaben für 1917 (ohne Bauten) sind auf 190,0 Millionen Mark etabliert, sie sind danach mit 28,8 Millionen Mark höher angesetzt als für 1916. Es ist allerdings auch eine ganz erhebliche Lohnerhöhung notwendig. Es ist vorhin gesagt worden, die Löhne seien „sehr erheblich“ gestiegen. Diese Erklärung wird man doch sehr kritisch entgegennehmen müssen. Wenn die Lohnerhöhung, die eingetreten ist, in Friedenszeiten eingetreten wäre, würde ich dem Wunsch, die Löhne seien erheblich gestiegen, beistimmen; heute kann ich es nicht.

Der Herr Minister hat in der Kommission einen Vergleich gezogen zwischen den Löhnen zu Anfang des Krieges und im 3. Vierteljahr bezw. November 1916. Da er die prozentuale Steigerung der Löhne angeführt hat, zum Beweise dafür, daß die Löhne erheblich gestiegen seien, so darf ich auch diese Berechnung hier wiederholen. Danach haben an der Saar — es handelt sich immer um Dauer und Schleppler, die die höchste Lohnklasse bilden — die Löhne von Anfang des Krieges bis gegen Ende 1916 eine Steigerung von 80 Prozent erfahren, in Niederrhein von 60 Prozent, in Oberschlesien von 40 Prozent. Was bedeutet aber eine Lohnsteigerung von 80 bis 40 Prozent im Laufe von über 2 1/2 Jahren gegenüber der Tatsache, daß unsere wichtigsten Lebensmittel während dieser Zeit um 200 bis 300 Prozent im Preise gestiegen sind! Nur ein einziges Beispiel — ich sage Ihnen damit nichts Neues — will ich Ihnen vorführen, an dem Sie die relative sehr geringe Bedeutung der mitgeteilten Lohnerhöhungen erkennen können: Seife, ein sehr seltener Artikel. Die Untertagsarbeiter müssen aus Gesundheitsrücksichten täglich den ganzen Körper waschen. Früher haben sie dazu gute Seife bekommen, sie haben für das Stück Seife, welches sie für drei Waschungen aufbrauchten, 12 Pfennige zahlen müssen. Heute zahlen sie für eine viel schlechtere Seife von demselben Gewicht 1,40 bis 1,80 Mk., ein ungeheurer Preis, der durch die Materialkostensteigerung absolut nicht gerechtfertigt ist. Wie stellt sich nun die Rechnung? Während die Arbeiter vor dem Kriege täglich für 4 Pf. Seife verbrauchten, brauchen sie heute für 36 bis 60 Pf. Seife. Aus diesem einen Beispiel können Sie erkennen, daß bei zahlreichen Arbeitern die Hälfte der eingetretenen Lohnsteigerung im Laufe eines Jahres allein aufgebraucht wird durch die Mehrerausgabe für Seife. (Hört, hört! bei den Soz.) So liegen die Dinge jetzt im Lande, und daher ist es keineswegs begründet, die Lohnerhöhungen von 80 bis 40 Prozent „sehr erheblich“ zu nennen. Auf den höheren Vierteljahresberichten gehe ich nicht ein, denn was die Leute da mehr verdient haben, haben sie durch Überhörschaften auf Kosten ihrer Gesundheit herausgeschunden. Ich sage, wenn Sie eine Lohnerhöhung von 80 bis 40 Prozent, wie sie der Herr Minister mitgeteilt hat, recht bewerten wollen, dann brauchen Sie nur das von mir genannte Beispiel ins Auge zu fassen, und Sie wissen, daß diese Lohnerhöhungen nicht mehr bedeuten als ein Tropfen auf einen heißen Stein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die wichtigsten Lebensmittel — ich will Sie verwöhnen mit den Preisangaben — sind allein im Laufe des letzten Jahres um 100 bis 200 Prozent in die Höhe gegangen, und sie steigen weiter. Wie ist nun im Laufe dieses einen Jahres der Lohnstand für die Bergarbeiter im Preußen allgemein geworden? Die nunmehr folgenden Zahlen betreffen den gesamten Bergbau, nicht nur den Staatsbergbau. Es betragen die Steigerungen, und zwar nur für die Lohnklasse I, für die am besten bezahlten Arbeiter, vom 3. Vierteljahr 1915 bis zum 3. Vierteljahr 1916 einschließlich, also im Laufe eines ganzen Jahres in Oberschlesien rund 11 Prozent, in Niederrhein 16,4, im Ruhrgebiet 20,6, im Saargebiet 20,6, im Braunkohlenbergbau etwa 20 Prozent. Im Erzbergbau, wo die Löhne vor dem Kriege sehr niedrig standen und daher schon einigermaßen erhebliche Prozentanteile ergeben, sind die Löhne im Mansfelder Gebiet um 83 Prozent, im Siegen-Raasdorfer Gebiet um 60 Prozent gestiegen. Im Kaliberbergbau, wo durch die Wegschaffung im vorigen Jahre eine nennenswerte absolute Lohnsteigerung beschlossen worden ist, sind im Bezirk Halle die Löhne um 46 Prozent, im Bezirk Clausthal um 43 Prozent gestiegen.

Sie haben gehört, daß die Lohnsteigerungen im Laufe des letzten Jahres höchstens bis 60 Prozent betragen gegenüber einer Lebensmittelpreissteigerung von 100 bis 200 Prozent. Es ist nicht übertrieben, wenn ich 100 bis 200 Prozent sage. Von dem Braunkohlenbergbau, von dem vorhin gesprochen worden ist, ist in bezug auf die Löhne sehr viel Geschicktes, Trauriges zu berichten. Der Braunkohlenbergbau hat notorisch einen hohen Ertrag in diesem Kriege. Nicht umsonst reizen sich die bergbaulichen Industriellen um die Braunkohlenfelder, nicht umsonst ist die chemische Industrie dahinterher, sich möglichst viele Braunkohlenfelder zu sichern. Sie werfen eine gute, häufig sogar eine sehr gute Kente ab. Wie steht es aber mit den Löhnen? Meine Herren, die

### Löhne der Braunkohlenbergarbeiter

im letzten Jahre — ich meine wieder die vom 3. Vierteljahr 1915 bis zum 3. Vierteljahr 1916 — sind gestiegen in Mittelpreußen, also in den Gebieten Halle, Zeitz, Weißenfels, ferner im Sächsischen Bezirk nur um 15 bis 16 Prozent, im rheinischen Braunkohlengebiet nur um 17 bis 18 Prozent — in einem Jahre der ungeheuerlichen Teuerung nicht einmal durchschnittlich 20 Prozent Lohnsteigerung! — und zwar in einer Industrie, die über sehr hohe Erträge verfügt! Meine Herren, wie ich noch vor einigen Tagen im Zeitz- und Weißenfelser Gebiet festgestellt habe, werden also dort an Dauer, also Mitglieder der bestbezahlten Arbeiterklasse, Familienväter, Bedienstete, die zahlreich dort wohnen, bei Verdauungen, bei Transportarbeiten, mit 2 bis 3 Mark nach Hause geschickt werden, wenn Sie

hören, daß man Arbeitern, denen man eine Teuerungszulage gegeben, zugleich auf verschiedenen Gruben das Gebilde herabgesetzt und damit die Teuerungszulage wesentlich illusorisch gemacht hat, und wenn Sie im Vergleich dazu die Lebensmittelpreise betrachten, dann können Sie es verstehen, daß die Stimmung in den Bergarbeiterkreisen durchaus nicht rosig zu nennen ist.

Meine Herren, auch in den Steinkohlengruben — darüber lesen Sie die lokale Presse nach, die Berichte über die einzelnen Belegstellen im Ruhrgebiet — werden noch immer Löhne von 5 bis 8 Mk. an Dauer und Schleppler mit starken Familien gezahlt, obgleich der Durchschnittslohn bereits im 3. Vierteljahr 1916 8,50 Mk. betrug. Sie sehen aus dieser einen Angabe schon, wie kolossal vertrieben im Bergbau die Löhne gehalten werden. Es ist der bringende Wunsch der Bergarbeiter, daß man einen besseren Lohnausgleich schaffe, daß man diese kolossalen Lohnunterschiede beseitige, denn sie sind nicht begründet — sehr häufig, sage ich, durchaus nicht begründet in der verschiedenen Leistungsfähigkeit der Arbeiter, sondern in den natürlichen Arbeiterschwächen, denen gegenüber der Arbeiter machtlos ist.

Wenn ich Ihnen nun aus einem unserer wichtigsten Kohlenbecken, aus Niederschlesien, die absoluten Löhne angebe, die im 3. Vierteljahr 1916 gezahlt worden sind, dann werden Sie, glaube ich, mir beistimmen, daß, wenn irgendwo, dann hier der Ausdruck: Das sind Hungerlöhne! — zutrifft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Meine Herren, in Niederschlesien betrug der Durchschnittslohn der Dauer noch 4,88 Mk. im 3. Vierteljahr 1916. — Meine Herren, die bestbezahlte Arbeiterklasse in einem großen Kohlengebiet bekommt in dieser ungeheuerlichen Teuerungzeit einen Durchschnittslohn von nur 4,98 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Die zweite Lohnklasse, die der übrigen Untertagsarbeiter, unter denen sich ebenfalls sehr zahlreiche Familienväter befinden, bekommt nur 4,30 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) In der dritten Klasse, der Obertagsarbeiter — erwachsene männliche Arbeiter! — stand der Lohn nur auf 3,82 Mk. In der vierten Lohnklasse — darin befinden sich die jugendlichen Arbeiter — stand der Lohn auf 2,04 Mk. Die weiblichen Arbeiter, unter denen sich heute sehr zahlreiche Ernährerinnen kopfreicher Familien befinden — die Männer stehen im Felde — wurden mit nur 2,22 Mk. Durchschnittslohn abgesehlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren, stellen Sie sich das einmal vor! Habe ich Unrecht, wenn ich sage: unter den jetzigen ungeheuren Teuerungsschwankungen sind solche Löhne als Hungerlöhne zu bezeichnen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist in der entscheidungsreichen Entscheidung, in der wir uns befinden, völlig nebensächlich, ob der Unternehmer heute Gewinn bekommt oder nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Hauptsache ist, daß den Belegschaften, den Arbeitern, die Möglichkeit erhalten wird, arbeitsfähig zu sein! (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Deutsche Reich befindet sich in einem Kampf um Leben und Tod, und wenn nun die Masse der Arbeiterschaft der Industrie nicht in die Lage versetzt wird, sich wirtschaftlich wenigstens einigermaßen über Wasser zu halten, dann steht es schlimm um Volk und Reich, auch die höchsten Unternehmensgewinne können dann die Niederlage Deutschlands nicht verhindern. Darauf kommt es jetzt an! (Sehr gut! bei den Soz.)

Meine Herren, wiederholt hat schon das Hohe Haus bezw. seine Handels- und Gewerbekommission eine Petition beschickt, die von den

### Weiterkontrollieren im Saargebiet

ausgeht. Diese Leute wünschen eine Gleichstellung ihrer Löhne mit denen der bestbezahlten Dauer. Diese Forderung ist durchaus berechtigt. Die Wehrmänner haben einen außerordentlich schweren und verantwortungsvollen Dienst. Sie haben, bevor die Wehrmacht anfährt, den Betrieb auf sämtlichen Werken hin zu kontrollieren. Deswegen müssen sie morgens schon um 8 Uhr anfahren, haben bis 5 1/2 Uhr die Befahrung beendet, fahren aus, um Bericht zu erstatten und etwas zu essen, und um 6 Uhr fahren sie mit der gesamten Belegschaft wieder ein. Dann arbeiten sie in der Grube an den für sie bestimmten Stellen. Sie sehen also: die Leute sind ununterbrochen — eventuell mit einer Viertelstunde Pause zwischen 5 1/2 und 6 Uhr früh — elf Stunden im Werkdienst. Dafür verlangen sie, daß sie im Lohn gleichmäßig mit den bestbezahlten Dauern gestellt werden, eine Forderung, die, zumal es sich nicht um eine erhebliche Zahl von Arbeitern handelt, berechtigt und durchaus erfüllbar ist. Ich möchte daher die Kgl. Bergbauverwaltung dringend bitten, schon um dieser hochwichtigen Gruppe von Arbeitern die Arbeitsfähigkeit nicht zu rauben — und darauf kommt bei der Wichtigkeit ihrer Tätigkeit sehr viel an —, die sehr berechtigte und leicht erfüllbare Forderung der Wehrmänner zu bewilligen.

Nun komme ich auf eine Angelegenheit, die in der Kommission schon eine Rolle gespielt hat und auch vorhin hier erwähnt worden ist. Wenn man nämlich die vergleichsweise niederen Löhne der Saarbergleute bemängelt, dann wird einem gewöhnlich — wie es auch in der Kommission geschehen ist —, regierungsseitig entgegen: Ja, im Saargebiet sind auch so und solche Arbeiter Hausbesitzer. Kurzum, wie doch eine Sache sofort anders beurteilt wird, wenn sie einen Arbeiter betrifft! Wir haben in der Handels- und Gewerbekommission und beim Handelsrat die beweglichsten und — wie wir anerkennen — zum großen Teil berechtigten Klagen der Hausbesitzer über schlecht eingehende Mieten, leerstehende Wohnungen und dergleichen gehört. Die Regierung hat die Notlage dieser Hausbesitzer selbst anerkannt. Warum nicht auch, wenn Arbeiter als Hausbesitzer in Frage kommen? Die Hausbesitzenden Saarbergleute haben doch nun ebenfalls einen großen Teil ihrer Wohnungen leer stehen. Diese Hausbesitzenden Arbeiter sind auch auf Vermietung angewiesen, sonst können sie die Hypothekenzinsen nicht aufbringen, auch sie bekommen nur einen Teil der Mieten ein, aber jetzt mit einem Male wird der Hausbesitz als ein besonderes Zeichen von Wohlhabenheit der Saarbergleute angesehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich möchte doch bitten, nicht die verschiedenen Beurteilung ein und derselben Sache eintreten zu lassen.

Meine Herren, ein weiteres: Wenn Sie sich die Berichte unserer Knappschaftskassen und die Ausgaben, die im einzelnen für

### die Knappschaftsinvaliden,

die Pensionäre und Witwen gemacht werden, ansehen, dann feststellen, wieviel Pension monatlich oder jährlich auf den Kopf des Pensionärs entfällt, so werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß sich hier in der Tat ein Teil unserer Volksgenossen in einer außerordentlich bitteren Notlage befindet. Diese Knappschaftsinvaliden, die zum großen Teil nur mit 20 oder 30 Mark monatlich, entsprechend ihrer Dienstzeit, abgefunden sind, erhalten in den meisten Knappschaftsvereinen heute noch nicht einen Pfennig Teuerungszulage. Diese Knappschaftsinvaliden und Witwen müssen also mit diesen Hungerpensionen jetzt auskommen. Wie das machen, — ja, das ist ein Teil der Säugers Pflicht. Es herrscht unter den Invaliden und Witwen ein so bitteres Elend, daß Sie es wohl verstehen können, warum ich aus diesem Kreise eine Anzahl von Briefen mit beweglichen Klagen erhalte, die immer darauf hinauslaufen: „Tretet doch dafür ein, daß uns wenigstens einigermaßen geholfen wird! In einigen Knapp-

schaftsvereinen ist etwas geschehen, wie z. B. im Bochumer und in letzter Zeit im Oberschlesischen Knappschaftsverein; aber mit Bedauern muß ich sagen: im Knappschaftsverein Saarbrücken, wo es sich sozusagen nur um fiskalische Vergleiche handelt, ist zwar im vorigen Jahre eine Erhöhung der Knappschaftsbeiträge, ich hätte beinahe gesagt: durchgedrückt worden, aber, sobald ich weiß, ist bis heute trotz der Erhöhung der Beiträge den Arbeitern so wenig wie den Invaliden auch nur ein Pfennig Zulage gezahlt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich meine, das entspricht auch nicht der Erklärung, die damals, nachdem die Kohlenpreise erhöht worden waren, vom Handelsministerium ausging, worin es hieß, daß die Erhöhung auch darum notwendig sei, um Lohnerhöhungen zu ermöglichen und um den Arbeitern auch in Knappschaftlicher Hinsicht Entgegenkommen zu zeigen. Meine Herren, hier muß schleunigst Abhilfe geschafft werden. Die

### Preissteigerung für Lebensmittel

geht weiter. Wir haben vor Jahr und Tag — es war schon im Sommer 1915 — Vorstellungen beim Herrn Minister erhoben wegen der damals schon hohen und steigenden Preise und dringend gebeten, man solle Maßregeln treffen, um rechtzeitig eine gewisse Stabilisierung der Preise herbeizuführen. Wir sehen es ja jetzt, wie es steht. Wir sehen trotz unserer ernsten Ermahnungen, daß auch unsere eindringlichen Warnungen nur zur Folge gehabt haben, daß wir allerdings eine ganze Menge Zusicherungen und Versprechungen bekommen, daß aber die Preissteigerungen für unsere wichtigsten Nahrungsmittel weitergegangen sind. Wie soll das enden?

Meine Herren, die Arbeiter in der Bergbau- und Gütenindustrie sind sich der schweren Zeit, in der unser Vaterland sich befindet, voll bewußt; sie wissen recht gut, was unser Schicksal ist, wenn wir als Westseite aus diesem Kampf herausgehen. Es ist keine Rede davon, daß meine engeren Kameraden in den Bergbau- und Gütenbetrieben nicht gewillt sind, diejenigen Mittel für die Landesverteidigung zu beschaffen, die sie nötig hat. Aber es wird den Berg- wie den Gütenarbeitern durch die außerordentlich hohen, großenteils unerwünschten gewordenen Lebensmittelpreise und durch die schlechte Versorgung, die noch besonders durch die natürlichen Ereignisse verstärkt worden ist, ungeheuer schwer gemacht, ihre Pflicht zu erfüllen. Unsere Kameraden in Schacht und Stätte sind zur Pflichterfüllung bereit, sie wissen, worauf es jetzt für die Abwehr der feindlichen Pläne ankommt, helfen Sie den Arbeitern nur, meine Herren, daß sie arbeitsfähig bleiben!

In der Kommission und auch hier vorhin hat der Abg. Graf von der Groeben von der Hindenburg-Spende gesprochen. Ich möchte die Kgl. Staatsregierung dringend bitten, schon um des guten Namens Hindenburg willen doch hierin endlich Klarheit über

### die Hindenburg-Spende

zu schaffen. In den Zeitungen wurde mitgeteilt, es wären, wenn ich nicht irre, 1,5 Millionen Mark Geld- und Fleischwaren gesammelt worden, und da ich in den Arbeiterkreisen die Meinung nach geworden, diese Waren wären freiwillig ohne Entgelt von den Landwirten gegeben und würden nun auch, entsprechend der Kopfzahl der Familien, unentgeltlich, vielleicht nur gegen Entgelt der Frachtkosten, an die schwerindustriellen Arbeiter abgegeben. Da kam natürlich die erste Enttäuschung. Von einer Gratisverteilung ist keine Rede. Wir haben in der Kommission vom Herrn Abg. Grafen v. d. Groeben gehört, daß die Geld- und Fleischwaren in seiner Heimat, in Ostpreußen, von den Landwirten gegen Entgelt der Höchstpreise abgegeben worden sind. Als Höchstpreis wurde, wenn ich nicht irre, 2,50 Mk. für das Pfund Speck genannt. In den Industriegebieten aber werden von den Bezirksverwaltungen Fettwaren verkauft, z. B. Speck, das Pfund zu 6,7 Mk. und höher. In der Kommission habe ich schon gesagt und möchte es hier wiederholen: ich kann mir nicht vorstellen, daß diese zu so hohen Preisen abgegebenen Speck- und sonstigen Fleischmengen etwa der Hindenburg-Spende entzogen werden. Aber in der großen Masse der Arbeiterkraft ist der Gedanke eingewurzelt, daß auch mit der Hindenburg-Spende ein Geschäft gemacht wird — Graf v. d. Groeben sagte das auch in der Kommission —, zumal von verschiedenen Seiten, sei es von Behörden, sei es von Bezirksverwaltungen, über den Verbleib der Hindenburg-Spende keinerlei klare Auskunft gegeben werden konnte. Ich meine, es ist schon um des guten Namens Hindenburg willen notwendig, daß darüber Klarheit geschaffen wird, was eigentlich mit der Spende geschehen soll oder geschehen ist.

Meine Herren, wir haben gelesen, daß im Kriegsernährungsamt der Plan besteht,

### die Kartoffelpreise

für den Erzeuger für das kommende Erntejahr, und zwar auf 6 Mk. pro Zentner, zu erhöhen. Das wäre gegenüber dem früheren Preise, bis zum 1. Februar d. J., eine Erhöhung von 2 Mark pro Zentner. Es gibt Landwirte, tüchtige Landwirte, die behaupten, das eine solche Preissteigerung für Kartoffeln nicht notwendig sei. Ich bin nicht landwirtschaftlicher Sachverständiger. Aber, meine Herren, geschieht das, steht man den Kartoffelpreisen mehr in die Höhe, dann bleibt gar nichts übrig, als dieser Kartoffelpreissteigerung entsprechend Lohnerhöhungen vorzunehmen; sonst können die Arbeiterfamilien gar nicht auskommen. Und die Kartoffelrationen bedürfen einer wesentlichen Erhöhung. Es geht unmöglich an, die „Erzeugerpreise“ weiter zu erhöhen, um, wie man sagt, die Produktion anzuregen, und nicht zu gleicher Zeit in gleichem Maße die Löhne der Arbeiter und der Angestellten heraufzusetzen. Meine Herren, das geht unmöglich so: die Folgen, wenn nicht ein Ausgleich geschaffen wird, kann man sich leicht vorstellen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

In der Kommission habe ich ferner in eingehender Weise — darum brauche ich das hier nicht besonders zu wiederholen — auf

### die erhöhten Gefahren im Berganbetrieb

hingewiesen. Die Ursachen liegen klar zutage, ich brauche sie nicht einzeln zu nennen. Es genügt wohl, wenn ich sage: heute sind viel mehr ungeschulte und schwächliche Arbeiter beschäftigt. Darum ist es auch um so nötiger, daß vorhandene und gebotene Mittel für eine möglichst scharfe Grubenbetriebskontrolle auch angewandt würden. Keines dieser Mittel, so wenig es erscheint, so unvollkommen es, auch tatsächlich ist, dürfte brachgelegt werden. Leider muß ich feststellen, daß die Oberbergbehörde für dieses Bedürfnis nicht das rechte Verständnis zeigt. Jede Arbeitskraft ist doch jetzt für uns von ganz besonderem, von doppelt hohem Werte wie vor dem Kriege. Es ist darum unsere Aufgabe, nicht zuletzt dafür zu sorgen, daß uns die Arbeitskräfte erhalten bleiben und ihre Zahl nicht noch durch Grubenunfälle zufammenstürzt, die nach menschlichem Ermessen vermieden werden können. Darum haben wir von den Organisationen aus verlangt, daß das Institut der

### Sicherheitsmänner,

so mangelhaft dieses Institut auch ist, trotzdem während des Krieges ausgenutzt werden soll. Wir müssen aber leider erleben, daß die Oberbergämter, in diesem Falle speziell das Oberbergamt Dortmund, das Verständnis dafür, daß man die Sicherheitsmänner



benützte U. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, daß sie eine Dividende von 15 Prozent, sofort zahlbar ausweist. Ferner teilt das Werk mit, daß die beiden ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres ein befriedigendes Ergebnis erbracht hätten und daß die Ausichten daher als günstig bezeichnet werden könnten. — Die Anhaltischen Kohlenwerke (Braunkohlenwerke) weisen für das Geschäftsjahr 1916 einen Bruttogewinn von 2.698.850 Mk. auf. Nach Abschreibungen in Höhe von 1.882.460 Mk. werden 6 Prozent auf die Vorzüge und 11 Prozent auf die Stammaktien zur Verteilung gelangen. Der Gewinn, so heißt es im Bericht, hat sich gegen das Vorjahr erhöht. Er betrug 1915: 2.859.923 Mk., in den vorhergehenden beiden Jahren 2.080.390 bzw. 2.097.024 Mk. — Die Zwickauer Bergwerksvereine erzielte nach 187.302 Mk. (i. V. 132.970 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 180.113 (i. V. 109.888) Mk. — Der Gewerkschaft Katzeberg bei Gerodorf in Sachsen verbleibt nach 200.728 Mk. Abschreibungen ein Reingewinn von 474.241 Mk. — Die Braunschweiger Kohlenwerke (Braunkohlenwerke) bringen für das Geschäftsjahr 12 Prozent Dividende in Vorschlag. Das Gesamtkapital beträgt 10,98 Millionen Mark. — Der Weiskauer Bergbau-Gewerkschaft in Sachsen verbleiben nach 118.145 Mk. (97.428 Mk.) Abschreibungen ein Reingewinn von 170.669 (273.078) Mk. — Der Reingewinn des Zwickauer Steinkohlenwerkes beträgt 857.816,92 Mk. — Von der Weiskauer Bergwerksvereine wird geschrieben, daß die Verwaltung mit ihrem Dividendenanschlag für 1916 über den Satz von 12 (im Vorjahre 8) Prozent nicht hinausgehen werde zugunsten weitgehender Abkürzungen und weiterer großer Rücklagen. — Die Gewerkschaft Deutschland (Oelsnitz i. S.) erzielte nach 584.032 Mk. Abschreibungen 1.791.535 Mk. Reingewinn. — Der Oberer Bergwerksverein König Wilhelm will für 1916 eine höhere Dividende ausschütten, als im Jahre vorher, und zwar 18 (12) Prozent für die Stamm- und 23 (17) Prozent für die Vorzugsaktien. Wir sehen, es geht den Bergwerksbetreibern nicht schlecht.

**Lohnregelungen im Kaliberbau.**

Im Kaliberbau werden die Löhne der Kaliberleute bekanntlich mit durch das Kalibergesetz beeinflusst und geregelt, hier sind bestimmte Richtlinien für die Lohnfrage festgelegt. Wir haben aber schon öfters auf die Beschwerden hingewiesen, die die Kaliberarbeiter erheben, weil verschiedene Werte durch Sonderauslegungen des Kalibergesetzes die durch das Gesetz festgelegten Verpflichtungen nicht einhalten. Diese Beschwerden wurden von den sozialdemokratischen Abgeordneten, die besonders in den Kommissionen des Reichstages an dem Zustandekommen und den Änderungen der Kalibergesetzgebung beteiligt waren, vertreten und weitergegeben. Im vergangenen Monat hat nun im Reichstag das Innere eine Sitzung stattgefunden, in der die Beschwerden beraten und in der auch über die Regelung der Löhne nach der Annahme der letzten Kaliberneuauflage folgende Richtlinien festgelegt wurden: Es hat jeder Arbeiter und jede Arbeiterin pro Schicht 25 Pf. Sondersatzzulage zu erhalten, welche als solche dem Arbeiter bekanntlich zu machen ist und auf die früher gewährten und durch das Gesetz demütigten Zulagen keinesfalls aufgeschlagen werden darf. Der Arbeiter erhält also seinen Lohn, ferner die verschiedenen Zulagen und dazu die Sondersatzzulage von 25 Pf. Eine Prüfung soll feststellen, ob die Lohnberechnungen dem Gesetz entsprechen. In einem Rundschreiben des Vereins deutscher Kaliberrentisten wird darauf hingewiesen, daß diese 25 Pf. Sondersatzzulage feinergeteilt werden, um nun auch solche Kaliberarbeiter auf den einzelnen Werken, die den Durchschnittslohn nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht der gesetzlichen Zulage schon erreicht oder überschritten hatten, nicht leer ausgehen zu lassen. Auch sie sollten sich einer Zulage erfreuen. Damit ist ein langer Streit im Kaliberbau gemindert und zum Teil auch beseitigt worden, denn es steht in der Tat fest, daß verschiedene Werte durch ihre Auslegung des Gesetzes die Kaliberarbeiter geschädigt haben. Wir haben aber die weitere erfreuliche Mitteilung zu machen, daß jene Werte, die mit den verpflichtenden Bestimmungen zurückgeblieben waren, jetzt die Nachzahlungen vornehmen, so daß die Kaliberleute samt und sonders nach langen Verhandlungen endlich zu ihren Rechten kommen. Es bedarf wohl keiner ausführlichen Darlegungen, daß dieser Ausgang der Angelegenheit hauptsächlich dem unermüdeten und energischen Vorgehen des Verbandes und seines Vorsitzenden, der als Abgeordneter in der Kalibergesetzgebung hervortrat, mit zu verdanken ist. Mögen die Kaliberleute hieraus die vernünftige Lehre ziehen und sich dem Verbande anschließen, dann werden die Bemühungen, die Lage der Kaliberarbeiter zu bessern, in Zukunft immer erfolgreicher sein.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**

**Nachmals der „Musterheld.“**

Herr Minister, den wir kürzlich so charakteristisch gekennzeichnet haben, ist uns ernstlich böse geworden. Im „Kampf“ täunt er eine Dreifachrolle für uns ein und bemerkt, wir „hätten gelogen“ und wir behandelten ihn, wie wir früher die christlichen Gewerkschaften behandelt hätten. Unsere „Unwahrhaftigkeit“ aber nachgewiesen, hätte sich der Mann, das würde ihn auch nicht gelingen, da wir zu seiner Charakterisierung das genügendste Tatsachenmaterial herangezogen haben. Was auf den 1. Punkt haben wir den Beweis geführt, daß Herr Minister in den ersten Kriegsmontaten in der seinerzeit von ihm in Duisburg redigierten Zeitung sich hochpatriotisch gebärde hat, und daß er damals hoch und heilig gelobt hat, nichts zu tun, was die Vaterlandsverteidigung beeinträchtigen könnte. Da paßte auf ihn, was in der ersten Kriegszeit auch auf viele andere seiner ultraliberalen Bestimmungsgenossen guraß, das Wort des unsterblichen spanischen Mitter, der bei einer Gelegenheit zu seinem Knappen sprach: „Sanchito, beim Durchzug muß groß sein, du hast nie so übel geredet!“ Dann man uns zumuten, den zur Schau getragenen Habilitismus gewisser Leute ernst zu nehmen, die so zusammenkommen und auf ihren Habilitismus verzichteten, wie Herr Minister und seine ihm verwandten Genossen am Niederdeutsch? Wir kennen keinen Gewerkschaftsführer, der nach Ausbruch des Krieges keine Wohnung ausgab, aus Angst keine neue suchte, keinen, der seine sozialistische Literatur in den Keller verstaubte; wir kennen keinen Gewerkschaftsbeamten, der sich sein wallendes Haupthaar und den Bart scheeren ließ, der sich große, blaue Brillen auf die Nase setzte, um unkenntlich zu erscheinen, nein, wir kennen keinen Gewerkschaftsbeamten, der sich mit Kollegen assoziierte und Straßentüren baute und sich über Fluchwege orientierte. Keinen Gewerkschaftsbeamten hat es gegeben, dem man eine Tracht Krügel anbieten, weil er aus Angst nicht seinen Arbeitsdienst aufnehmen wollte; die Gewerkschaftsbeamten haben keine Gelder verfallen zu einer Konferenz, aus dem Hut verloren zu tagen, obwohl ihnen höhere Bekalitäten zur Verfügung standen. Diese Falschheit in erster Zeit ergreift auch keinen sozialdemokratischen Mehrheitsanführer, dafür aber packte dieses Angsthier die kapitalen Raubheiden, die heute sich hinstellen und so tun, als seien nur sie berufen, die Welt zu erobern und zu reformieren. Wir begnügen uns mit vorfindenden Andeutungen über den Kreis der Gewinnungsgenossen um Minister herum, komplizieren aber, daß die deutsche Arbeiterwelt umfänglich darstände, wenn sie von solchen Falschheit geleitet würde, die in der Stunde der Gefahr und in einer Zeit, wo die proletarische Arbeiterbewegung die ersten Arbeiten erwartete, das Profitorientier ergreifen und auf die „Grundzüge“ die sie vorgeben „fest betreten“ zu haben, preisen. Heute Revolution, Waffenstreikprediger, morgen Schwört man, wie Minister, nichts zu tun, was dem Vaterlande eine Niederlage bereiten könnte! Und was tut denn die Minister-Gruppe heute? Nimmern sie sich um die Arbeiter, schaffen sie, wie das die von ihnen Angegriffenen tun müssen, den fröhlich in die Nacht, um die Interessen der Arbeiter zu verteidigen? Minister redigieren ein Blättchen, das gefüllt ist von Schmähschriften gegen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Parteimehrheit, von einer ersten politischen Sektierung der Arbeiterinteressen ist bei ihm und in seinem Organ wenig zu spüren. Was verstehen er und Duzende seiner Gewinnungsgenossen auch von praktischer Arbeit; was sie zu leisten vermögen, das zeigt ihr Wirken an der Presse und in sonstigen führenden Stellen. Ministers Arbeit im Duisburger Freizeitspiegel ein abschreckendes Beispiel dafür ab, wohin Leute die Arbeiterbewegung bringen, die von wirklich praktischen Organisationsarbeiten und von der tiefsten Bedeutung des Arbeiterkampfes keine Ahnung haben, über deren erstes Auftreten in der Arbeiterbewegung man sich nicht genug wundern konnte, weil man nicht wußte, woher sie kamen und was sie bisher getrieben hatten. Und solche Leute tragen Gewerkschaftsführer angeweigert, die Jahrzehnte im Arbeiterkampf bewährt waren, die in schwereren Zeiten nicht gottgänzlich unempfindlich und nur Courage hatten, wenn die „Luft rein“ war.

Minister und Genossen suchen sich an Gewerkschaftsführern zu reiben, die sich manche Maßregelung, manche Hungertage und manche Gefängnisstrafen hätten erproben können, wenn sie mit ihrer Gewinnung solche Jongleurkünste geübt hätten, wie das häufig genug auch anderwärts den kapitalen Possenblättern und politischen Zigeunern von der Sorte Minister und Genossen nachgewiesen worden ist.

**Aufhebung des Streikverbotes gegen den deutschen Eisenbahnerverband.**

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnverwaltungen folgende Erklärung abgegeben: „Der Deutsche Eisenbahnerverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Satzung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsstreitigkeiten das Kampfmittel der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel aufwenden.“ In dieser Erklärung steht der preussische Eisenbahnminister den von ihm verlangten ausdrücklichen Streikverbot. Nachdem der Vorstand die Erklärung den Verbandsorganen als Anhang beigefügt hat, hebt der Minister seinen Erlass vom 24. Oktober 1916 auf. Er hat dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hiervon Mitteilung gemacht mit dem Hinzufügen, daß die Aufhebung des Erlasses erfolge in dem Vertrauen und in der Voraussetzung, daß das künftige Verhalten des Verbandes mit der abgegebenen Erklärung jederzeit in Einklang stehen und das gute Einvernehmen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem ihr unterstellten Personal durch den Verband nicht gefährdet werden wird. Der Erlass ist aufgehoben, die Schranken sind beseitigt, den Gewerkschaften, Arbeitern und sonstigen Weiblichen der preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Eisenbahnen in Eisenbahnen ist der Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband gestattet. Es ist zu erwarten, daß nun auch die sächsischen und die übrigen bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen, soweit sie bisher ihrem Personal den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband nicht erlaubt haben, dem Beispiel des preussischen Eisenbahnministers folgen werden. Damit wäre endlich den Eisenbahnen die Möglichkeit gegeben, sich offen zur freien Gewerkschaft zu bekennen. Das hätte längst geschehen können. Was der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes jetzt erklärt, hat er schon bei der Verbandsgründung zum Ausdruck gebracht. Daß der Verband den Streit zur Durchführung seiner Forderungen nicht anwenden kann, geht aus seiner Satzung hervor; ebenso wenig kann er zur Unterstützung anderer Streiks Mittel aufwenden, das ergibt sich ohne weiteres aus seinen niedrigen Beiträgen. Wogegen der Verband sich beharrlich und mit vollem Recht weigerte, war: sich die Festung seiner Satzungen vorzuschreiben zu lassen und den ausdrücklichen Streikverbot in die Satzungen aufzunehmen. Daß der preussische Eisenbahnminister und Chef der Reichseisenbahnen in diesem Streit endlich nachgegeben hat, ist erfreulich, um so mehr, als verschiedene andere Staatsbahnverwaltungen ein solches Annehmen an den Verband nicht gestellt haben.

**Frauen als Funktionäre der Gewerkschaften.**

Recht häufig ist vor dem Kreise darüber Frage gestellt worden, daß die Frauen so geringen Anteil an den organisatorischen Bestrebungen ihrer Männer nehmen. Biersch wurde den Männern die Schuld dafür zugeschoben, weil sie ihre Frauen nicht genügend über den Wert der Organisation informierten und interessierten. Daran ist gewiß viel Wahres. Viele Männer, die selber organisiert sind, glauben, die Frauen verstehen davon ja doch nicht; überhaupt wäre Organisation nur eine Sache, die die Männer angeht. Darum fanden auch die wiederholt von Gewerkschaftslogen angenommenen Resolutionen, die den organisierten Männern es zur Pflicht machten, für Organisierung ihrer in der Heimarbeit tätigen weiblichen Familienangehörigen zu wirken, nur geringe Beachtung. Streikverweigerer haben aber doch recht zahlreiche Männer ihre Frauen über die Notwendigkeit ihrer Organisationen aufklärt, und nicht wenige genießen jetzt die Freude, in ihren Frauen Helferinnen bei ihrer Organisationsarbeit gefunden zu haben. Während des Krieges haben in verschiedenen Organisationen die Frauen die Arbeiten ihrer eingezogenen Männer für die Organisation übernommen, und manche führten selbst nach dem Tode des Mannes diese Arbeit fort. Das Organ des Vaterlandes veröffentlicht vor einiger Zeit einen Brief der Frau eines ihrer Funktionäre, in dem sie den Tod ihres Mannes mitteilt und dann fortfährt: „Die Verbandsgeschäfte werde ich weiterbetreiben, bis der schreckliche Krieg ein Ende hat; denn mein Mann hing doch zu sehr am Verbande. Weß ich auch, unter welchen Schwierigkeiten er ihn mit aufgebaut hat, und habe deshalb manche bittere Stunde mit ihm geteilt, als die Arbeitgeber ihn maßregelten. Deshalb werde ich die Arbeit für den Verband betreiben, bis die Kollegen wieder zurückkehren; denn es sind jetzt nur noch zwei Kollegen da, alle sind eingezogen.“ Auch die „Dach-der-Beitrag“ berichtet über Erledigung der Verbandsgeschäften durch Frauen eingezogener Kollegen aus einer ganzen Reihe von Orten. Sie nimmt diese Erfahrungen zum Anlaß, den Frauen den Dank der Organisation auszudrücken und auszusprechen, daß in der Vertretung der Arbeit und der Fähigkeiten der Frauen nach dem Kriege eine andere Stellung eingenommen werden müßte. Da die Ausführungen auch für unsere Kameraden von Interesse sind, geben wir sie hier im Wortlaut wieder: „Streikverweigerer haben wir trotzdem in einigen Orten recht brave Mitarbeiterinnen gefunden. Besonders im Königreich Sachsen und in Thüringen; aber auch in anderen Teilen des Landes hatten in verschiedenen Hütten die Frauen der eingezogenen Kollegen treue Wacht über unseren Verband. Sie stellen die Abrechnung auf und verrechnen sich nicht. Dabei ist es eine Freude, zu sehen, wie schnell sie das System begreifen haben. Auch die Ausfüllung der Fragebogen geschieht von ihnen in der besten Weise, und im Briefwechsel stellen sie ebenfalls ihren „Mann“. Ueberhaupt zeigt sich gerade durch die Erfahrungen des Krieges, daß wir unsere Mitarbeiterinnen recht oft unterschätzt haben, daß wir vielleicht ein ganzes Stück weiter gekommen wären, hätten wir uns mehr ihrer Hilfe bedient. Nun, was wir in dieser Beziehung überleben haben, kann nachgeholt werden. Wir werden in den kommenden Friedensjahren sowie mit unseren Frauen eine große Veränderung vorgehen sehen; denn ihre Heranziehung zur Industrie, zu allen möglichen gewerblichen Kontingenzen wird so leicht nicht mehr ausgeschlossen werden können. Es schadet auch nicht, wenn wir es nur beschaffen, sie heranzuziehen in den Gedankenkreis, der zur Organisation führt. Darin liegt ein großes Stück Zukunftsaufbau. Soweit es an uns liegt, wollen wir dafür sorgen, daß auch im übrigen die Stellung der Frau im öffentlichen Leben besser wird. Wir freuen uns der tätigen Mithilfe unserer weiblichen Verbandskollegen und werden ihnen, wenn es wieder bessere Zeiten kommen, einen besonders schönen Kranz widmen.“ Für alle unsere Mitglieder aber ergibt sich daraus die Lehre, mehr wie bisher in der Frau die treue Mithelferin zu suchen, sie teilzunehmen zu lassen an unseren Kämpfen, an unserer Arbeit, sie als unsere Freundin auch in diesen Dingen zu betrachten. Das wird unser Dank sein. Möge aus dieser schweren Kriegszeit die höhere Stellung des weiblichen Geschlechts als schonen Geschenk mit in die Friedenszeit hinübergenommen werden. Auch was die Frauen sonst leisten im Erbulden und Ertragen, in Mühen und Arbeit, gibt ihnen ein Anrecht auf höhere Einschätzung, als es leider bisweilen geschieht. Indem wir allen unseren tätigen Frauen vielen Dank absprechen, verabschieden wir ihnen, unseren Teil beizutragen an dieser wichtigen Neuorientierung.“ Diese trefflichen Ausführungen haben wir nichts hinzuzufügen, als daß wir wünschen, daß unsere Kameraden und Vertrauensleute möchten sich mit ihren Frauen soweit verständigt haben, daß sie sich in Organisationsarbeiten gegenseitig ersetzen könnten.

**Knappschäftliches.**

**Aufhebung von Aufsicht- und Gerichtsbehörden.** Nach § 3 des Gesetzes betr. Erhaltung von Anwerbsstellen aus der Krankenversicherung vom 4. August 1914 und § 1 einer Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1915 können die Kreisverwalter, die zur Zeit der Einberufung versicherungspflichtige oder versicherungs-

berechtigte Krankenkassenmitglieder waren und während der Kriegsdienstzeit von dem Rechte der freiwilligen Welterversicherung keinen Gebrauch gemacht haben, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenversicherung eintreten. Den Krankenkassen war das Recht eingeräumt, die sich zum Beitritt meldenden früheren Pflichtmitglieder ärztlich untersuchen zu lassen und ihnen für Krankheitsfälle, die beim Wiedereintritt in die Krankenversicherung bereits bestanden, die Kassenleistungen zu verweigern. Diese letztere Bestimmung ist durch eine neue Bundesratsverordnung vom 16. Nov. 1916 aufgehoben worden.

Dem § 3 des obengenannten Gesetzes und dem § 1 der obengenannten Verordnung vom 23. Januar 1915 entspricht der § 3 des Knappschäftskriegesgesetzes vom 26. März 1915. Diese Gesetzesvorschrift besteht weiter, und um sie in Einklang zu bringen mit der Verordnung vom 16. November 1916, bedarf es streng genommen eines preussischen Gesetzes. Der Herr Minister hält es aber für bedenklich, daß die Knappschäftlichen Krankenkassen die Bundesratsverordnung vom 16. November 1916 ihrer Geschäftsführung zugrunde legen. Für den Allg. Knappschäftsbereich ist die Frage bedeutungslos, weil bei ihm die Kriegsteilnehmer, die zur Zeit der Einberufung Mitglieder einer Knappschäftskrankenkasse waren, schon auf Grund der Verbandsbeschlüsse vom 11. Mai und 10. August 1916 ohne weiteres wieder, sofern die Wiederaufnahme der Bergarbeit innerhalb zweier Monate nach der Entlassung aus dem Wehrdienst erfolgt, vollberechtigte Krankenkassenmitglieder werden.

Der Anspruch der wegen Erwerbslosigkeit Ausgehenden auf die Regelleistungen der Kasse nach näherer Vorschrift des § 214 Abs. 1 der RVO. (§ 13 der Satzung) steht bekanntlich voraus, daß der Ausgehende in den vorausgegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war. In die gleiche Bedingung ist im Falle des Ausgehens aus der Versicherungspflichtigen Beschäftigung das Recht der freiwilligen Welterversicherung nach § 213 Abs. 1 der RVO. (§ 12 der Satzung) gebunden.

Der § 2 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 16. Nov. 1916 bestimmt, daß die Kriegsdienstzeit und bei nicht sofortiger Wiederaufnahme einer Beschäftigung auch die darauf folgende Zeit der Erwerbslosigkeit bis zu 6 Wochen auf die Fristen der §§ 214 Abs. 1 und 213 Abs. 1 der RVO. nicht angerechnet werden dürfen; die Zeit vor dem Kriegsdienst und die Zeit nach der Wiederaufnahme der Beschäftigung ist also anschießend zu rechnen. Auch diese Vorschrift muß streng genommen durch ein preussisches Gesetz festgelegt werden, doch hat der Minister für Handel und Gewerbe auch hier keine Bedenken, daß die preussischen Knappschäftskassen sie ohne weiteres anwenden. Die Verwaltung des Bochumer Knappschäftsbereichs hat das ihm angeordnet, und der Vorstand hat dagegen nichts einzulegen.

**Mißstände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Bede Alte Hase (Sprachrohr). „Die Kleinsten sind die Müdigsten.“ Dieser Satz trifft auch auf die Bergwerksunternehmer zu. Während eine Anzahl Werke den Bergleuten in letzter Zeit Entgegenkommen gezeigt haben, verhält sich die Direktion auf obengenannter Grube in Lohnfragen ablehnend. Der Direktor meinte, daß die Bede 80.000 Mark Auslagen für Pferde gehabt habe, (der frühere Pferdebesitzer hat sie wohl umsonst gestellt? D. V.), daß die Kohlenpreis-erhöhungen für Alte Hase nicht in Frage kämen (!) und was dergleichen Ausreden mehr sind. Daß kein Mensch da ist, der der Bechenverwaltung solch dummes Zeug glaubt, das sollte auch der Herr Direktor fühlen. Allerdings, wer sich, wie er, zwei Rufe anschaffen kann und nicht nötig hat, mit der Hade andertalbe und Doppelschichten zu verfahren, der hat satt zu essen und braucht um einige Groschen Lohn-erhöhung nicht zu bangen. Auf Alte Hase steht es so, daß etwa 5 Prozent der Belegschaft einen Lohn von 8 Mark verdient, etwa 20 Prozent 7,50—8,00 Mk., die meisten anderen unter 7,50 Mk. Der Herr Direktor meinte, wenn die Belegschaft streiken wollte, solle sie das ruhig tun, Alte Hase beste bezüglich der Lohnverhältnisse das Äußerste. Wie sich die Belegschaft auf einer solchen Befandlung stellt, muß abgewartet werden. Doch ein Bergwerksdirektor mit dem Wort „Streik“ spielt, ist in der Zeit der Kriegszeit auch recht bemerkenswert.

Beche Friedrich der Große. An den Lohn- und Abschlagsfragen herrscht hier ein Gedränge, daß einem Angst und Wange werden kann; diesen Mißstand könnte man doch bald beseitigen. Ebenso könnte anlässlich Waggommangel den Belegschaften hier von eher Kennntnis gegeben werden, als es geschieht, die Leute verlieren sonst viel Zeit. Dem Hilfsleiter Michy ist anzuraten, mit seinem Bestrafen nachzulassen. An einem Abend kam er 9¼ Uhr wieder ins Revier zurückgerannt, was er antrat wurde bestraft und zwar mit einer halben Schicht in Höhe von 4 Mark. Nun aber haben die Leute nicht einmal zu früh Schicht gemacht, sondern verfrühen Doppelschicht und eben während des Schichtwechsels ihr Butterbrot. Sonst ist der Herr nicht so eifrig, da es vorkommt, daß er in vielen Schichten nacheinander die Arbeit nicht befristet.

Beche Hermann I und II. Des Antriebsystem steigert sich hier mit jedem Tage. In demselben Maße nehmen auch die Beschimpfungen der Arbeiter durch die Beamten zu. Wenn man auch häufig die Beschimpfungen als Ergebnis der schlechten Erziehung, welche den Beamten zuteil wird, hinmimt, so steigt einem doch der Abscheu auf, wenn ein Jahrsteiger einen verwachsenen Menschen, der seinen ganzen Ehrgeiz einsetzt, um das Möglichste zu leisten, „Krummer Hund“ beschimpft und droht, „in die Presse zu schlagen“. Am vollkommensten wird die Behandlung der Arbeiter illustriert durch einen Brief auf die Straßgasse. Dort findet man stehen wegen: „fraches Benehmen gegen die Vorgesetzten“, „nicht genügende Leistung“, „späte Aufnahme der Arbeit“, und ähnliche Stillschüben mit höher als einem Schichtlohn des Arbeiters bemerkt. Nach vor kurzem hat sich das Bergverwaltungsgericht mit einer solchen Sache befaßt. Die Bechenverwaltung hat selbst die Strafe von 8 Mk. bei einem Schichtlohn von 5,50 Mk. als unbillig bezeichnet und die Strafe zurückgezahlt. Belachend hat aber dieser Prozeß für die Bechenverwaltung nicht gewirkt.

Beche Königin Elisabeth (Schacht Wilhelm). Hier herrscht im Revier des Steigers Klappe ein sehr erheblicher Mißstand, gegen den unbedingt die Bergbehörde vorgehen muß. Es wurden nämlich die vollen Wartbüchel im Hüg Niefobant im Bergwerksbezirk geführt. Wo bleiben da die bergpolizeilichen Vorschriften? Sollte man so etwas im Jahre 1917 noch für möglich halten? Die Bergarbeiter streifen schon seit Jahren, daß die Wurunternehmung beseitigt und die Wurunternehmung einmütlich verschwindet. Wer durch solche Zustände werden nur neue Gefahren für die Kameraden entstehen. Der Steiger sollte lieber dafür Sorge tragen, daß solche Mißstände nicht plagreifen könnten, als sich um die Interessen der Kameraden in punkte Lohn und Lebensmitteln aufzuregen.

Beche Prosper III. Während sich Bergleute mit einem Stück Glück begnügen müssen, wird für die Beamten ausreichend geforgt. So erhielten sie kürzlich Schinken, das Pfund nur 4,50 Mk., und nicht ein, sondern mehrere, man sagt, bis zu zehn Pfund. Es ist auch zu wünschen, daß die Gadenkütle in besseren Qualitäten geliefert werden. Bei der jetzigen Sorte kann man jeden Tag einen neuen Stiel gebrauchen. Wünschenswert wäre auch, daß die Bergarbeiter vor den Kleider aufbewahrt werden müssen, trägt das Spitzbüchergelbe förmlich zum Stühlen. Wir fordern den Ausschuß auf, baldigst eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, damit die Belegschaft sich über die Mißstände und deren Beseitigung aussprechen kann.

**Saargebiet und Reichslande.**

Grube Reden. Welche Löhne hier nach manche Bergarbeiter verdienen, zeigt folgendes Beispiel: Ein Verbauer verdiente im Januar bei 31,5 Schichten 172,22 Mk., also auf die Schicht einen Gauerlohn von 5,46 Mk. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß Staatsgruben Arbeiter sein sollen, dabei werden aber gerade auf den Gruben des Saargebietes noch Löhne gezahlt, die jetzt in der Kriegszeit so unzureichend sind, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn bei einem Teile der Saargebergarbeiter die Einküftung eintritt und dadurch das Durchhalten erschwert wird. Wie soll der Bergmann bei einem Lohn von 5,46 Mk. ausreichende Nahrung für sich und seine Familie schaffen? Was soll später aus der heranwachsenden Jugend werden, die nicht satt zu essen bekommt, weil der Verdienst des Familienvaters bei dem fargen Lohn nicht zur Beschaffung der

